

Christa Luft

## **Ricardos Theorem der komparativen Vorteile – Wohlstandsgewinn für alle durch Freihandel?**

Vortrag auf der Sitzung der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 10. April 2008

### **I. Vorbemerkung:**

Das Theorem der komparativen Kostenvorteile hat seinen Platz in den Kompendien über die Geschichte ökonomischer Lehrmeinungen, es ist Gegenstand der Volkswirtschaftslehre<sup>1</sup> sowie zentraler Bestandteil der bürgerlichen Außenhandelstheorie. Auch im Außenwirtschaftslehrbuch, das in der DDR zur Anwendung kam, spielt es eine Rolle bei der Erklärung der produktivitätssteigernden Wirkung der internationalen Arbeitsteilung und der Erzielung von Austauschwirkungen.<sup>2</sup>

Ricardo legte damit die Grundlage der Freihandelslehre. Die besagt, dass unter freien Austauschverhältnissen jedes Land sich auf die Produktion jener Güter und Dienstleistungen spezialisieren wird, in der es vergleichsweise über Wettbewerbsvorteile gegenüber den ausländischen Konkurrenten verfügt. Die daraus resultierende Arbeitsteilung komme allen Beteiligten in Form einer allgemeinen Hebung des Volkswohlstandes zugute.

Manches an diesem klassischen Lehrsatz ist seit langem kritisch beurteilt worden. Mit Mängeln und Beschränkungen in Ricardos Annahmen hatte sich bereits Karl Marx beschäftigt.<sup>3</sup> Er lenkte unter anderem die Aufmerksamkeit auf die einseitige Bereicherung der „Mutterländer“ zu Lasten der abhängigen Länder bzw. Kolonien.<sup>4</sup> Auch bürgerliche Ökonomen setzten und setzen sich mit dem Theorem auseinander. Nahrung bekam die Diskussion vor einiger Zeit von völlig unerwarteter Seite. Der Grandseigneur der ökonomischen

---

1 Woll, Arthur: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. München 1990, S.589 ff; Heine, Michael/Herr, Hansjörg: Volkswirtschaftslehre. München-Wien 2003, S.615 ff

2 Faude, Eugen/Grote, Gerhard/ Luft, Christa : Sozialistische Außenwirtschaft. Berlin 1976, S. 175 ff

3 Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin 1974, S. 808 ff

4 Marx, Karl: Das Kapital, Dritter Band. In: Marx/Engels: Werke Bd. 25, Berlin 1964, S. 248

Wissenschaft, der US-amerikanische Nobelpreisträger Paul Samuelson, lange selbst ein Vertreter der Freihandelslehre, rüttelte plötzlich an dem Ricardoschen Dogma und stieß eine anhaltend heftige Diskussion an, die aktuell bis in den Präsidentschaftswahlkampf der USA hineinreicht.

Ungeachtet theoretischer Kontroversen, die letztlich um Protektionismus und Liberalisierung, um Abschottung und offene Märkte, um Globalisierung und Nationalstaat kreisen, herrscht in Europa in der praktischen Politik seit etwa 20 Jahren die Meinung vor, dass freie Märkte jeder Regulierung vorzuziehen sind. Die Freihandelslehre hat in den westlichen Industriestaaten und in internationalen Organisationen ihre Protagonisten, ja, sie ist in der Handelspolitik sogar en vogue. Ein besonderes „Objekt der Begierde“ sind dabei die Märkte boomender Schwellenländer.

Hier soll die Beschäftigung mit dem Theorem der komparativen Vorteile zu der Frage führen, ob weltmarkt-, insbesondere exportzentrierte Politik und boomende Gewinne von Unternehmen aus dem internationalen Austausch sich auch sozial und ökologisch wohlstandssteigernd für die *Gesellschaft als Ganzes* auswirken. Ebenfalls wird gefragt, ob der statistisch ausgewiesene „Außenbeitrag“ zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts, also der Saldo zwischen Ex- und Import, als Indikator für eine „wohlstandssteigernde Wirkung“ taugt. Ein Nachdenken über Alternativen zur herrschenden neoliberalen Wirtschaftstheorie und -politik muss m. E. die Auseinandersetzung mit dem Exportwahn einschließen. Zu prüfen ist, inwieweit die vornehmlich an einzelwirtschaftlichen Exportinteressen der Global player ausgerichteten staatlichen und internationalen Rahmenbedingungen zu gemeinwohlorientierten Effekten führen oder aber mit ihnen in Konflikt geraten. Nicht alles, was aus Unternehmenssicht an Außenhandelsgeschäften rationell ist, ist das auch aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive. Dies zu belegen, gehört zum Kernanliegen meines Vortrages. Dabei werden sich meine Analyse- und Demonstrationsbeispiele vorwiegend auf die Bundesrepublik Deutschland beziehen.

Bevor ich auf besagtes Theorem zu sprechen komme, kurz ein paar Lebensdaten des Mannes, um dessen Idee es hier geht und die anschließend hinterfragt werden soll.<sup>5</sup>

---

5 s. dazu: Hesse, Helge: *Ökonomenlexikon*, Düsseldorf 2003, S. 294-95; Ricardo, Moses/Recktenwald, Horst Claus: *David Ricardo. Persönlichkeit und Lebensweg*. Düsseldorf 1988

Der Engländer David Ricardo (1772–1823) war das dritte von 17 Kindern eines aus Holland nach England eingewanderten jüdischen Börsenmaklers. Schon mit 14 Jahren verließ er die Schule, um sich dem Börsengeschehen zuzuwenden. Das Handwerk dafür erlernte er bei seinem Vater. Ab dem 21. Lebensjahr speulierte der Junior auf eigene Faust. Geschickt scheffelte er ein Millionenvermögen und gehörte bald zu den reichsten Männern Englands. 1815 erlebte er seinen größten Triumph. Er erhielt während der bereits lange tobenden Schlacht zwischen der britischen Krone und dem französischen Kaiser den Zuschlag der englischen Regierung für eine zu günstigem Kurs zu begebende Krieganleihe in zweistelliger Millionenhöhe. Wenige Tage, nachdem die Anleihe aufgelegt worden war, trafen das französische und das britisch-preußische Heer aufeinander. Der Ausgang ist bekannt. Napoleons Niederlage beflügelte Ricardos Aufstieg. Mit Anfang vierzig zog er sich als gemachter Mann auf seinen Landsitz zurück und frönte fortan seinen Hobbys. Er wollte, wie er einem Freund verriet, nach seinem Tagewerk als Spekulant etwas Publikationswürdiges hervorbringen und beschäftigte sich fortan mit ökonomischen Studien. Dass er einst als Klassiker der Nationalökonomie und Begründer der Freihandelslehre gelten würde, das hat er selbst nicht abgesehen.

51-jährig starb Ricardo überraschend an einer Mittelohrentzündung. Er hinterließ sieben Kinder und ein Erbe von umgerechnet gut 35 Millionen Pfund. Ihm zu Ehren führte später der Lehrstuhl für Politische Ökonomie an der Londoner Universität seinen Namen.

Soweit die Kurzbiographie.

## II. Das Ricardosche Theorem

David Ricardo entwickelte die Theorie komparativer Kostenvorteile in seinem erstmals 1817 erschienenen Hauptwerk „The Principles of Political Economy and Taxation“ (Ricardo 1980).<sup>6</sup> Seine Argumentation beruht auf der klassischen Werttheorie, also auf der Annahme, dass der Wert einer Ware durch die in ihr verkörperte Arbeitszeit bestimmt ist. Der Wert der Ware umfasst dabei sowohl die verausgabte lebendige, als auch die in den Vorleistungen und anderen Inputs des Produktionsprozesses geronnene Arbeit.

Nach Ricardo bringt der freie Austausch von Gütern und Dienstleistungen über Grenzen hinweg netto allen beteiligten Ländern stets einen Nutzen, ei-

---

6 Ricardo, David: Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung. Frankfurt am Main 1980

nen Wohlfahrtsgewinn, weil sie sich auf die Produktion der Güter spezialisieren können, bei der ihre Produktivität vergleichsweise, also komparativ höher als die anderer Länder ist. Sie tauschen diese gegen Produkte, auf deren Herstellung sie verzichten, weil sie anderweitig günstiger beschafft werden können. Selbst Volkswirtschaften, die über die gesamte Produktpalette produktiver sind als andere, also absolute Vorteile haben, können gewinnen, wenn sie sich auf die Herstellung jener Erzeugnisse spezialisieren, bei denen ihr Produktivitätsabstand gegenüber anderen am größten ist und diese Güter gegen jene tauschen, von deren Erzeugung sie im Interesse von Skaleneffekten absehen.

Letzteres hatte bereits Adam Smith (1723-1790) erkannt und sah in den absoluten Kostenvorteilen den Grund für Außenhandel. Ricardo konnte nachweisen, dass absolute Vorteile einen Sonderfall darstellen und letztlich komparative Vorteile über das Zustandekommen von internationalem Austausch entscheiden. Komparative Vorteile aus dem internationalen Handel können auch jene Länder ziehen, die in allen Branchen Produktivitätsnachteile haben, weil, so Ricardo, das kostenmäßig unterlegene Land sich auf die Herstellung der Güter konzentriert, bei der die Unterlegenheit am relativ geringsten ist.

Ricardo exerziert seine These an den Ländern Portugal und England, die beide Tuch und Wein herstellen. Portugal allerdings hat in seinem Modell bei der Produktion beider Güter deutlich günstigere Bedingungen als England. (Vgl. Tabelle 1). Dennoch wird sich der Handel zwischen beiden Volkswirtschaften zum gegenseitigen Vorteil entwickeln, sagt Ricardo.

Waren- einheit	Portugal		England		Summe	
	vor Handel	nach Handel	vor Handel	nach Handel	vor Handel	nach Handel
<b>Tuch</b>	90	–	100	200	190	200
<b>Wein</b>	80	160	200	–	280	160
<b>Summe</b>	170	160	300	200	470	360

Quelle: Ricardo (1980), S. 112

*Tabelle 1: Komparative Vorteile und internationaler Handel, notwendige Arbeitszeit pro Wareneinheit*

Es komme nicht auf den absoluten Vorteil und die tatsächlichen Preise an, sondern nur auf den vergleichbaren Vorteil und die relativen Preise. Im Falle von Portugal seien die Verdienstmöglichkeiten beim Export von Wein höher

als beim Export von Tuch, weil es pro Zeiteinheit mehr Wein als Tuch herstellen könne. Deshalb sei es für die Portugiesen ökonomisch klug, sich darauf zu konzentrieren. Portugal also produziert Wein für den Export und erhält im Gegenzug aus England Tuch, und zwar mehr Tuch, als wenn es den Stoff selbst produziert hätte. Die englischen Tuchhersteller besitzen zwar keinen absoluten, wohl aber gegenüber der aufwendigeren Weinherstellung im eigenen Land einen komparativen, d. h. vergleichswisen Vorteil. Das reiche aus, damit der Handel sich für beide Partner lohne, so Ricardo.

Wenn wir heute dieses Modell rekapitulieren, erkennen wir: Ricardo beschrieb ebenso wie Adam Smith einen historischen Ausschnitt der Weltwirtschaft, die Weltwirtschaft seiner Tage. Sein Modell ist statisch, es kennt keine Dynamik. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind aber komplexer und widersprüchlicher als von Ricardo unterstellt. Nicht erst, aber besonders mit fortschreitender Globalisierung sind kardinale Veränderungen eingetreten.

Dennoch erlebt die Lehre vom Freihandel aktuell ein neues Hoch. Eifriger Verfechter war der frühere britische Premier Toni Blair. Als ein Hauptprediger der Freihandelslehre trat und tritt der amerikanische Noch-Präsident George Bush hervor. Zu ihren Anhängern zählt ebenso Peter Mandelson, der in der Europäischen Union (EU) das Kommissariat für Handelsfragen leitet. Die EU berät seit geraumer Zeit mit den sogenannten AKP-Staaten, also 78 Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik, über neue Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Die Welthandelsorganisation (WTO) hatte das bisher geltende Abkommen von Januar 2008 ab für illegal erklärt, weil es den AKP-Staaten Präferenzen einräumt, die andere nicht bekommen. Die EU bietet genannten Ländern freien Zugang zum europäischen Markt an. Allerdings müssten sich dann auch die mit hohen Zollmauern umgebenen AKP-Staaten europäischen Industriewaren öffnen. Die EU verfolgt also eine aggressive Marktöffnungsstrategie, die die lokale Kleinindustrie, die kleinbäuerliche Produktion und die Beschäftigung im ländlichen Raum einem Verdrängungswettbewerb mit europäischen Konzernen aussetzt sowie nationale Strukturpolitiken dieser Länder in Gefahr zu bringen droht.<sup>7</sup> Immerhin sollen im Agrar- und Industriegüterbereich innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre 80 Prozent der Zölle abgeschafft werden. Nicht zu Unrecht fürchten die AKP-Staaten, sie könnten auf die Rolle von Rohstoffexporteuren und Fertigwarenimporteuren festgelegt werden.

---

7 Beier, Tom: Freihandel zerstört Märkte. Neues Deutschland 18. 12. 2007

An diesem Vorgang wird deutlich: Auch für die Politik der Welthandelsorganisation liefert die Theorie Ricardos die Grundlage. Das treibende Motiv für das Freihandelspathos ist ganz offensichtlich, für die global agierenden Konzerne der westlichen Industrieländer ungehinderten Zugang vor allem zu den expandierenden Märkten Chinas, Indiens, südamerikanischer und anderer Schwellenländer zu erlangen. Propagiert wird immer noch, dass Freihandel für alle Völker zu allen Zeiten gleichermaßen nützlich sei. Im Jahreswirtschaftsbericht 2008 der Bundesregierung heißt es: „Die Bundesregierung wird sich auf europäischer und internationaler Ebene weiter für offene Märkte einsetzen.“<sup>8</sup> Diese Erklärung hinderte sie allerdings nicht an dem Beschluss, künftig ein Veto in dem Fall einlegen zu können, wenn ein ausländischer Staatsfonds mehr als 25 Prozent eines deutschen Unternehmens kaufen will.

### III. Freihandelslehre und gegenwärtige internationale Arbeitsteilung

Warum ist es angezeigt, das klassische Theorem, das Generationen von Ökonomen wie ein Bibelsatz eingehämmert wurde (Sakar 2002)<sup>9</sup>, an den Gegebenheiten der Gegenwart zu überprüfen? Fragen wir nach den Prämissen der Ricardo'schen Freihandelslehre und was daraus geworden ist<sup>10</sup>:

*Erstens:* Ricardo unterstellt, dass alle Beteiligten gleichberechtigt und freiwillig am Austausch teilnehmen und nur durch fairen Handel Vorteile erzielen wollen. Nicht berücksichtigen konnte er die Möglichkeit und leider historische Realität, dass mächtige Staaten wie die USA, vor allem aber transnationale Konzerne die Märkte wirtschaftlich schwächerer Länder mit ökonomischen Mitteln, mitunter auch Androhung militärischer Gewalt erobern bzw. kontrollieren, um dann die jeweiligen Natur- und „Human“-ressourcen plündern zu können. Die Annahme der Theorie, im Handel spiele Politik keine Rolle, ist längst unzutreffend. Politisch motivierte Embargos, Boykotts, Präferenzen und Sanktionen im internationalen Handel bezeugen das. Wir erinnern uns an solche Maßnahmen kapitalistischer Länder gegenüber sozialistischen Staaten zu Zeiten der Systemauseinandersetzung, und heute sind es solche Praktiken zum Beispiel gegenüber Kuba. Aber auch die nationale Währungspolitik, staatliche Technologieförderung, ein Katalog von

8 Jahreswirtschaftsbericht 2008: Kurs halten. S. 9

9 Sakar, Saral: Warum der Keynesianismus scheiterte – Kann er wiederbelebt werden? Vortragsmanuskript, geschrieben im April 2002, Köln

10 vgl. dazu auch: Woll, Arthur: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 10. Auflage. München 1990, S. 589-607

Ein- und Ausfuhrbestimmungen sowie ein System von Subventionen dienen dem ehrgeizigen Ziel, die Austauschverhältnisse im internationalen Handel zum eigenen Vorteil zu verändern. Das gelingt zwar nicht immer, belegt aber die Rolle der Politik.

Der Behauptung, dass die Struktur der Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern auf freien und autonomen Entscheidungen in den beteiligten Staaten und nicht auf einem Machtabhängigkeitsverhältnis beruht, haben vor allem marxistische Ökonomen mit der sogenannten „Dependencia-Theorie“, der Theorie der strukturellen Abhängigkeit und Unterentwicklung<sup>11</sup> widersprochen. So wird auf die gewaltsame Ausrichtung der Kolonien auf die Interessen der „Mutterländer“ verwiesen. Die damals entstandenen Abhängigkeitsverhältnisse wirken in der Form immer noch nach, dass sich anders als es die Freihandelstheorie nahelegt, eine Kluft zwischen Lieferanten von Industriegütern einerseits und Lieferanten von nicht bzw. wenig verarbeiteten Produkten andererseits in einer eigenständigen Struktur verfestigt hat.<sup>12</sup> Freiwillig wird sich heute kein Land dauerhaft auf Wein- oder Nahrungsgüterproduktion spezialisieren. Es wird eher danach gestrebt, die nächst höhere Verarbeitungsstufe zu erreichen und diese mit Dienstleistungsangeboten zu ergänzen.

Auch werden China oder Indien nicht länger bloß T-Shirts, Turnschuhe und Spielzeug herstellen, sondern Autos, Flugzeuge, Weltraumraketen. Sie treten als globale Großinvestoren in Erscheinung, die sich in Industrieunternehmen, Banken, Luftfahrtgesellschaften der OECD-Länder einkaufen und weltweit als Konkurrenten um Rohstoffe agieren.

*Zweitens:* Die Theorie geht von reibungslos funktionierenden Volkswirtschaften aus, in denen sich Preise und Löhne schnell der Marktlage anpassen und in denen es keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit geben kann. Sie unterstellt Vollausslastung von Arbeitskräftepotentialen, Produktionskapazitäten und Geldressourcen. Diese Annahmen sind durch die kapitalistische Praxis jedoch nicht gedeckt. Ein konjunkturelles Auf und Ab sowie verfestigte Arbeitslosigkeit gehören zum Alltag in der profitorientierten Gesellschaft. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit kann es gesamtwirtschaftlich rational sein, durch entsprechende staatliche Rahmensetzung Arbeitsplätze auch in Branchen zu erhalten bzw. zu schaffen, in denen das Land einen komparativen Nachteil hat (z. B. Steinkohlenbergbau, Obst- und Gemüseanbau), so mehr Menschen die Möglichkeit selbst bestimmten Lebens zu geben und die

---

11 Kneschaurek, Francesco: Unternehmung und Volkswirtschaft. Zürich 1990, S. 171

12 Senghaas, Dieter: Strukturabhängigkeit und Unterentwicklung, In: Wirtschaftsdienst, 55. Jahrgang, 1975, S.99-108

gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Wohngeld, Mindereinnahmen an Einkommen und -Verbrauchssteuern sowie Sozialversicherungsbeiträgen) – von 1997 bis 2004 in der Bundesrepublik zum Beispiel jährlich zwischen 70 und 86 Mrd. Euro<sup>13</sup> – zu reduzieren. Eine Million Arbeitslose weniger bedeutet, abgesehen von der Erleichterung persönlicher Schicksale, eine Verbesserung öffentlicher Finanzen um etwa 20 Mrd. Euro jährlich.

*Drittens:* Es gibt heute längst keine Garantie mehr, dass die Arbeitslosen der Branchen, die wegen komparativer Nachteile aufgegeben werden, überhaupt und dann noch zu den früheren Einkommen in Bereichen Beschäftigung finden, die wegen ihres komparativen *Vorteils* floriieren. Das war aber eine Grundannahme Ricardos. Wir brauchen zum Beispiel nur einen Blick auf die in Deutschland extrem geschrumpfte Bekleidungs- und Schuhindustrie zu werfen. Die dort „freigesetzten“ Arbeitskräfte sind jedenfalls nicht in der boomenden Autoindustrie oder Kommunikationsbranche untergekommen. Das gilt ebenso für die bei NOKIA, BenQ, Siemens oder anderen Konzernen kürzlich Geschassten.

*Viertens:* Im klassischen Theorem spielen Transportkosten und Umweltschäden bzw. die Aufwendungen für deren Reparatur keine Rolle. Mit steigenden Energiepreisen und immer längeren Bezugswegen wird es vom versorgungs- und sicherheitspolitischen sowie vom ökonomischen und ökologischen Standpunkt aus durchaus rational, energieintensive lebenswichtige Güter mit Ressourcen des eigenen Landes oder regionaler, auch grenzüberschreitender Wirtschaftsverbände zu produzieren. Sicherheitspolitische Gründe sprechen insbesondere für die Produktion erneuerbarer Energien, weil sich verschärfende, sogar militärische Auseinandersetzungen um Öl und Gas nicht auszuschließen sind.

*Fünftens:* Ricardo ging von der internationalen Immobilität des Kapitals bei hoher Mobilität der Güter aus. Er sprach von der Schwierigkeit, die das Kapital bei der Suche nach profitableren Investitionsmöglichkeiten hat, sich von einem Land ins andere zu bewegen. In der heutigen Welt aber kann das Kapital ungehindert über die nationalen Grenzen bis in den entlegensten Winkel fließen. Arbeitskräfte dürfen oder wollen das in den meisten Fällen nicht. Der freie Fluss von Kapital hat zur Folge, dass Investitionen durch absolute Rentabilität entschieden werden, nicht durch komparativen Vorteil. Investo-

---

13 Die fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit gemäß Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). In: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht September 2006, S. 66



ren denken von Hause aus in absoluten, nicht in relativen Vorteilen. Sie betrachten die ganze Welt als ein Land. Sie suchen weltweit die besten Anlagemöglichkeiten und würden in Portugal investieren, wenn es tatsächlich die gleiche Qualität Tuch billiger als England herstellt.

*Sechstens:* Ricardo sah die Weltwirtschaft als weltweite Tauschwirtschaft. Er konnte somit das Problem der Wechselkurse ignorieren, das in der Weltwirtschaft von heute eine immense Rolle spielt. So ist der Euro-Kurs gegenüber dem US-Dollar allein in den vergangenen zwei Jahren um 30 Prozent gestiegen. Das macht auf den Export in den Dollarraum spezialisierten Unternehmen zu schaffen. Autobauer BMW z. B. klagt, dass jeder Cent, den die europäische Gemeinschaftswährung zulegt, einen Verlust von 80 Mio Euro beim Export in die USA ausmacht. Das wirkt sich unabhängig von der Produktivität als Kostennachteil aus. Die Lohnpolitik hat demnach keineswegs den in Deutschland immer wieder beschworenen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Diese wird vielmehr unter den Bedingungen flexibler Wechselkurse im Wesentlichen durch Wechselkursveränderungen bestimmt, die von den nationalen Tarifparteien nicht kontrolliert werden können. Ein durch die Fixierung auf die Weltmarktkonkurrenz inspirierter Lohnverzicht vermag daher keine hinreichende Garantie für Wachstums- und Beschäftigungserfolge zu liefern.<sup>14</sup>

*Siebtens:* Für Ricardo war die Handelsbilanz zweier miteinander Austausch treibender Länder immer ausgeglichen. Er bedachte nicht, dass Portugal den Briten Wein liefern könnte, ohne dort Tuch zu bestellen. In Wahrheit aber sind im internationalen Handel Ungleichgewichte eher die Regel als die Ausnahme. Ein extremes Beispiel ist sicher Deutschland, dessen Export den Import massiv übersteigt. Im Jahr 2000 belief sich der Ausfuhrüberschuss lt. Angaben des Statistischen Bundesamtes auf knapp 60 Mrd. Euro, fünf Jahre später bereits auf gut 160 Mrd. Euro. 2007 übertrafen die Exporte die Importe sogar um knapp 170 Mrd. Euro. 2008 kann es wegen des verlangsamten Tempos der weltwirtschaftlichen Entwicklung und des starken Euros zu gedämpften Ausfuhren kommen.

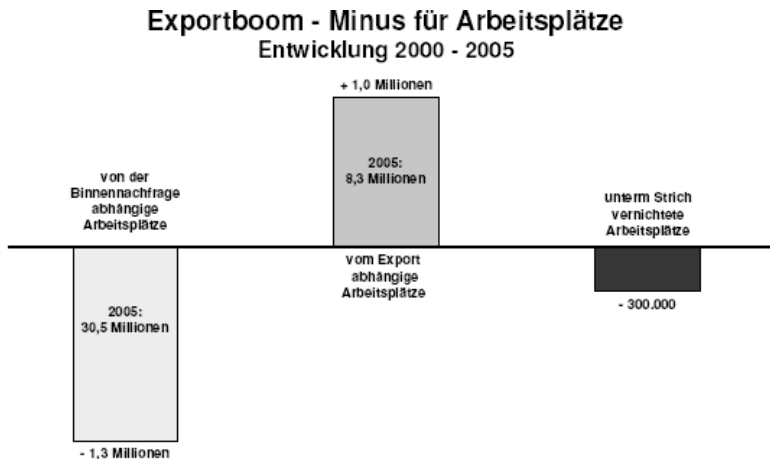
Aber Länder mit Exportüberschüssen gehören nicht zwangsläufig, sondern nur dann zu den zu feiernden Siegern des Welthandels, wenn sie das Ergebnis durch exzellente Produktionsverfahren und besonders gute Produkte erzielt haben, nicht jedoch, weil man zum Billigproduzenten wurde. In der Bundesrepublik Deutschland aber wird der Preis für den im Ausland errunge-

---

14 Heine, Michael/ Herr, Hansjörg/ Kaiser, Cornelia: Wirtschaftspolitische Regime westlicher Industrienationen. Baden-Baden 2006, S. 158

nen Titel des Exportweltmeisters im Inland gezahlt: durch Lohnzurückhaltung, Lohnnebenkostensenkung, Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich, Ausdehnung des Niedriglohnsektors und Reduzierung von Sozialstandards.

In den Exportunternehmen bleibt die Nominallohnentwicklung hinter dem Produktivitätszuwachs zurück. Und den inländischen Zulieferern pressen die Exporteure Preiszugeständnisse ab, die diese via Lohnkürzung an ihre Beschäftigten weitergeben. So soll unter Globalisierungsbedingungen der Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiver werden. Dass auf diese Weise die stagnierende Binnennachfrage nicht in Gang kommt, existenzsichernde Beschäftigung sogar ab- statt aufgebaut wird, ist vor allem den Global Playern gleichgültig. Sie erzielen ihre Gewinne im Ausland und dort investieren sie auch.



Quelle: Statistisches Bundesamt: Konjunkturmotor Export, Mai 2006.

Abb. 1: Exportboom – Minus für Arbeitsplätze

Laut Angaben der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di wurden in Deutschland zwischen 2000 und 2005 rund 1,3 Millionen von Binnennachfrage abhängige Arbeitsplätze geschliffen. Viele andere wurden zu Billigjobs umfunktioniert. Nur etwa eine Million neue Arbeitsplätze seien im gleichen Zeitraum durch den Exportboom entstanden. Insgesamt war also ein Minus von 300.000 Arbeitsplätzen zu verzeichnen.<sup>15</sup> (vgl. Abbildung 1)

<sup>15</sup> ver.di Bundesvorstand: Wirtschaftspolitik aktuell, Nr. 11, Juni 2006

Unternehmen, die für den Binnenmarkt produzieren, haben nicht a priori etwas von der Exportstärke. Sie brauchen kaufkräftige Nachfrage im Inland. Die Binnenmarktschwäche wird durch den Exportsektor nicht ausgeglichen. Abbildung 2 veranschaulicht für die Jahre 2005–2008 die äußerst disproportionale Entwicklung zwischen BIP, Binnennachfrage und Export in der Bundesrepublik Deutschland.

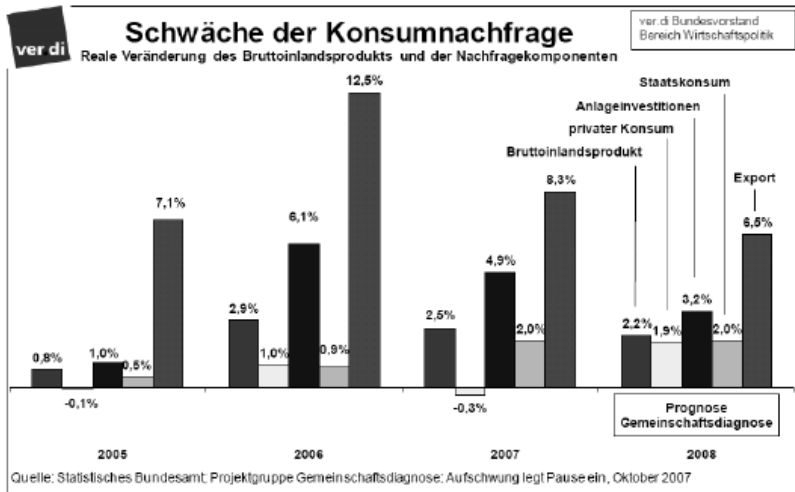


Abb. 2: Schwäche der Konsumnachfrage

Diese Problematik interessiert nicht nur in linken Kreisen, die bereits des längeren den „Export als Droge“ thematisieren (Reuter 1996, Afheldt 2003, Schmidt 2008).<sup>16</sup> Kritik am Globalisierungsfetischismus und an prononciert exportzentrierter Politik kommt, wie bereits erwähnt, selbst von namhaften bürgerlichen Ökonomen.

So schockte z. B. im Herbst 2004 der damals 89-jährige, inzwischen verstorbene US-amerikanische Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft (1970) Paul Samuelson die neoliberale Gelehrtenwelt mit einer an dem Ricardoschen Dogma rüttelnden These: Es sei Illusion anzunehmen, Globalisierung, ungehemmter Freihandel und Verlagerung von Produktionen sowie

<sup>16</sup> Reuter, Norbert: Die Zeit, 08. 11. 1996, S. 30, Afheldt, Horst: Wirtschaft, die arm macht. München 2003, S. 129 ff; Schmidt, Ingo: Deutschland: Wirkungsmächtige Illusionen: Export – Wachstum – Gerechtigkeit. In: Ingo Schmidt (Hrsg.): Spielarten des Neoliberalismus. Hamburg 2008

Dienstleistungen in Entwicklungs- und Schwellenländer (das sogen. Outsourcing) brächten den Industriestaaten als den Hochlohnländern stets Vorteile. Der wohl bekannteste Wirtschaftswissenschaftler der Welt, ein Schüler Schumpeters, belegte am Beispiel der USA, dass internationaler Handel unter bestimmten Bedingungen gesamtwirtschaftlich sogar nachteilig sein kann. So bezweifelte er, dass die Verlagerung von Dienstleistungen nach Indien oder der Bezug billiger Güter aus China den Amerikanern Vorteile bringt, wenn zugleich die Einkommen geringer qualifizierter einheimischer Arbeiter durch die ausländische Konkurrenz fallen. Wörtlich: „Bei Wal-Mart Lebensmittel 20 Prozent billiger einkaufen zu können reicht nicht notwendigerweise aus, um die Lohnverluste auszugleichen.“<sup>17</sup> Der Nobelpreisträger argumentiert, wenn China seine Produktivität in der Herstellung bestimmter technologischer Güter spürbar steigere, könnten die Vereinigten Staaten ihre traditionellen komparativen Vorteile bei der Produktion dieser Güter einbüßen. So verschlechterten sich die internationalen Tauschverhältnisse (Terms of Trade) zuungunsten Amerikas. Die Folge: Die Gewinne aus dem internationalen Handel reichen womöglich nicht mehr aus, um die Einkommensverluste mancher Amerikaner auszugleichen.

Das hatte der Grandseigneur der ökonomischen Wissenschaft vor Jahrzehnten noch ganz anders gesehen. Da argumentierte er umstandslos, dass die Reallöhne der Außenhandel treibenden Länder steigen.<sup>18</sup>

Was Samuelson jetzt zu bedenken gibt, ist nicht nur ein Problem der USA, sondern z. B. auch der entwickelten Länder Europas. Für die Bundesrepublik Deutschland fällt auf, dass der Index der Ausfuhrpreise der Gesamtheit exportierter Güter zwischen 2000 (=100) und III/2007 auf 106,9 anstieg, der Index der Einfuhrpreise wiederum für die Gesamtheit importierter Güter im gleichen Zeitraum aber von 100 auf 108,4. Die Tauschverhältnisse insgesamt haben sich also verschlechtert (auf 0,986). Das heißt, dass mehr gearbeitet und exportiert werden muss, um gleichviel importieren zu können. Das liegt vorrangig an der Preisexplosion bei importierter Energie (der Index der Einfuhrpreise entwickelte sich im gleichen Zeitraum von 100 auf 183,3), wohingegen der Preisindex für exportierte Energie nur von 100 auf 163,8 kletterte.

17 Samuelson, Paul: (2004) Where Ricardo and Mill Rebut and Confirm Arguments of Mainstream Economists Supporting Globalization. *Journal of Economic Perspectives* 18 (3) 2004, S. 135-146. Vgl. auch: Paul Samuelson gießt Wasser auf die Mühlen der Globalisierungsgegner. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. 09. 2004, S. 12 ; Samuelsons falsche Freunde. In: *Financial Times Deutschland* 24. 09. 2004 ; Ein Dogma wackelt. In: *Berliner Zeitung* 25./26. 09. 2004, S. 11

18 Samuelson, Paul: *Volkswirtschaftslehre*, Bd. II, Köln 1964, S. 358

Die Austauschverhältnisse auf diesem Sektor verschlechterten sich demnach auf 0,89. Lediglich bei Investitionsgütern kam es zu einer Verbesserung der Terms of Trade auf 1,17.<sup>19</sup>

#### **IV. Samuelsons Rütteln am Freihandelsdogma**

Samuelsons spektakuläre Wortmeldung war ein Schock für die neoliberale Ökonomenzunft. Selbst etliche seiner Schüler fielen über ihn her, ziehen ihn eines altersbedingten Denkdefekts.

Anders als manche der entsetzten Kritiker,<sup>20</sup> kann ich in der jüngsten These des Nobelpreisträgers kein Plädoyer für Protektionismus oder Autarkie erkennen. Sie ist auch nicht als Panikmache vor einer chinesischen oder indischen „Gefahr“ zu denunzieren. Er macht vielmehr darauf aufmerksam, dass der reiche Norden unter den Bedingungen der Globalisierung die Monopolgewinne verlieren wird, die er früher aus der Herstellung von Hochtechnologie-Gütern für den Süden ziehen konnte. Solche Gewinne auch künftig zu erzielen, ist angesichts von Produktivitätsschüben in Schwellen- und auch Transformationsländern kein Automatismus. Wie aktuell die Voraussagen sind, zeigt folgende Tatsache: China führt bereits mehr Waren aus als der Nachbar Japan und ist 2007 hinter Deutschland und vor den USA zum weltweit zweitgrößten Exporteur aufgestiegen. Vor eineinhalb Jahrzehnten noch war das Reich der Mitte eine recht unbedeutende Handelsnation. „Wenn der Drache erwacht, erzittert die Welt“, meinte einst Napoleon über China. Tatsächlich ist das Land ökonomisch hellwach und wirbelt mit seinem Boom die Weltwirtschaft durcheinander. Auch Exportweltmeister Deutschland muss mit starker Konkurrenz rechnen. In einer prestigeträchtigen Schlüsselindustrie und einer deutschen Hauptexportbranche – der Autoproduktion – hat China Deutschland bereits überflügelt. Bei Elektronikprodukten ist China mit Ausfuhren von 230 Mrd. Euro Weltmarktführer, Deutschland landet mit etwa 55 Mrd. Euro auf Rang sechs.

Ich fasse Samuelsons Einwurf als Warnung vor den Folgen spontanen, vom einzelwirtschaftlichen Nutzen bestimmten Herangehens an die weltweite Arbeitsteilung und den internationalen Austausch auf. Er wirbt – wenn ich ihn richtig interpretiere – für eine gesamtwirtschaftliche Sicht. Die sozialen

19 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Das Erreichte nicht verspielen. Jahresgutachten 2007/08, November 2007, S. 609

20 US-Topökonom Bhagwati verteidigt Jobverlagerung. In: Financial Times Deutschland, 13. 09. 2004

und ökologischen Konsequenzen gewinnmaximierenden unternehmerischen Handelns wie Freisetzung von Arbeitskräften, Druck auf die Löhne mit negativen Effekten für die Binnenkaufkraft, Unterlaufen von sozialen Mindeststandards oder Umweltschäden durch lange Transportwege müssen in die Kalkulation des gesamtwirtschaftlichen Nutzens von internationalem Austausch eingehen. Selbst wenn die Terms of Trade, also die Relationen, in denen sich Export- und Importpreise zueinander entwickeln, positiv sind, können sie von Kosten bzw. Verlusten auf anderen Gebieten überlagert werden: So von Unterstützungsaufwendungen für Arbeitslose und arbeitende Arme (Working poor), für öffentliche Investitionen in vorrangig Außenhandelszwecken dienende Infrastruktur (Hafenanlagen, Containerumschlagplätze, Flughäfen, grenzüberschreitende Bahnanlagen und Autobahnen usw.) oder für den Umweltschutz (etwa Kosten für die Beseitigung der Meeresverschmutzung durch Öltanker und Frachtschiffe bzw. der Luftverschmutzung durch Flugverkehr) oder Steuermindereinnahmen wegen Entlastung großer Unternehmen, damit diese international wettbewerbsfähiger werden, usw.

Es muss um makroökonomische Internalisierung solcher außenhandelsbedingten sozialen und ökologischen Kosten bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen für den internationalen Austausch gehen und damit um Verhinderung eines globalen Wettbewerbs zur Senkung von Arbeits- und Umweltstandards. So wie sich das Bruttoinlandsprodukt insgesamt als Wohlstandsindikator unzureichend eignet, muss auch der statistisch ausgewiesene Außenbeitrag einer genaueren Prüfung unterzogen werden, wenn es um die Beurteilung der volkswirtschaftlichen Effektivität des internationalen Austausches geht. (Vgl. Tabelle 2).

	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008 (Projektion)</b>
<b>BIP in jeweiligen Preisen (Mrd. Euro)</b>	2.244,6	2.322,2	2.423,8	2.500
<b>Außenbeitrag in jeweiligen Preisen (Mrd. Euro)</b>	113,3	126,4	168,1	175
<b>Außenbeitrag in Prozent des BIP</b>	5,0	5,4	6,9	7,0

Quelle: Jahreswirtschaftsbericht 2008 der Bundesregierung, S. 53 und Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 2008, S. 61\*

*Tabelle 2: Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt und Außenbeitrag in Deutschland (2005-2008)*

Nehmen wir noch einmal Exportweltmeister Deutschland. Das Land ist so tief in die Weltwirtschaft integriert wie kaum ein anderer großer Industriestaat. Die Handelsbilanz ist seit jeher positiv, ein Viertel aller Beschäftigten lebt direkt oder indirekt von der Außenhandelstätigkeit, und dennoch ist kein Anstieg des Wohlstands der gesamten Bevölkerung, sondern nur einzelner Gruppen zu verzeichnen. Das Pro-Kopf-Einkommen im Land des Exportweltmeisters liegt unter dem mancher europäischer Länder mit weitaus geringerer Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung.

Das soll natürlich nicht gegen die Exporterfolge sprechen. „Aber: Sie heben nicht mehr automatisch den Wohlstand der gesamten Nation. Es kommt auf die Bedingungen an, unter denen die Erfolge im Äußeren errungen werden. In Deutschland wird die Exportfähigkeit der Volkswirtschaft seit längerem mit dem Abbau inländischer Beschäftigung erkaufte. Wobei es gleichgültig ist, ob der Verlust inländischer Beschäftigung eine Folge von Betriebsverlagerungen oder von Rationalisierung ist. Fest steht: Große Exporterfolge und eine im Inneren schrumpfende Volkswirtschaft sind zwei Seiten einer Medaille.“<sup>21</sup> (Vgl. Abbildung 2).

Beschäftigungsabbau führt zu sinkender inländischer Kaufkraft und zu steigenden staatlichen Sozialleistungen, jedenfalls solange der Sozialstaat nicht völlig demontiert ist. Billigimporte, die einheimische Produktion verdrängen, werden durch die als „clever“ und mit „Ich bin doch nicht blöd“ propagierte Schnäppchen-Mentalität forciert. Die sich ausbreitende „Grenzenlos-Billig-Ökonomie“ hat aber eben eine Kehrseite: Verlust an Arbeitnehmerrechten, Vernichtung von Arbeitsplätzen, schlechte Bezahlung und zunehmender Druck auf die verbliebenen Beschäftigten. Linke Ökonomen appellieren an die Konsumenten, sich nicht zu Tätern zu machen. „Wer mit Ryanair fliegt oder bei KiK einkauft, muß wissen, daß die günstigen Preise durch Lohndumping auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden.“<sup>22</sup> Das gilt auch für die Vergabe öffentlicher Aufträge, wo oft die „Geiz ist geil“-Logik dominiert. Der niedrigste Preis zählt, egal wie er zustande kommt. Dass dabei gerechte Lohn- und Arbeitsbedingungen, elementare Menschenrechte und ökologische Verantwortung ausgeblendet werden, ist die simple Konsequenz im weltweiten Konkurrenzkampf.

Ich verstehe Samuelsons Wortmeldung auch als Warnung vor einer Vernachlässigung regionaler Wirtschaftskreisläufe und überhaupt des Binnen-

21 Steingart, Gabor: Weltkrieg um Wohlstand. München Zürich 2006, S. 344

22 Hickel, Rudolf: Die Neoliberalen sind widerlegt. WAZ, 16. 01. 2008

marktes, für den in Deutschland z. B. drei Viertel der Beschäftigten tätig sind. Steuerbegünstigung für einbehaltene Gewinne wäre ein Stimulus für mittelständische Betriebe, Forschung, Entwicklung, Produktion und Ausbildung im Inland auszuweiten, statt in anderen Ländern zu investieren bzw. auf Finanzmärkten zu spekulieren. Die Ausschreibung von Aufträgen der öffentlichen Hand muss so vonstatten gehen, dass lokale und regionale kleine und mittelständische Firmen eine Chance auf den Zuschlag erhalten. Aufgaben der Daseinsvorsorge dürfen nicht dem weltweiten Wettbewerb geöffnet werden, um Dumpingpraktiken zu Lasten einheimischer Beschäftigter zu verhindern. Aufhebung der Steuerbefreiung für Kerosin würde z. B. Obst und Gemüse aus Eigenanbau konkurrenzfähiger machen gegenüber dem aus entferntesten Ländern eingeflogenen Angebot. Die Mehrwertsteuerbefreiung von Flügen ins Ausland setzt einen falschen Anreiz für klimaschädliche Verkehrsträger. Generell sind Subventionen für den Güterfernverkehr kontraproduktiv. Sie machen Ferne zu Lasten regionalen Wirtschaftens künstlich nah. Öffentlich geförderte Unternehmen müssten zur Rückzahlung der Mittel verpflichtet werden, wenn sie ihre Produktion ins Ausland verlagern. Solche wie die genannten Maßnahmen wären für das Gemeinwesen insgesamt von Nutzen. Auch wäre angesichts der Bedeutung von Nahrungsmittelsicherheit und der Tatsache, dass z.B. Getreidelieferungen als politische Waffe, als Erpressungsmittel eingesetzt werden können, ein Mindestmaß an Selbstversorgung bei Grundnahrungsmitteln für alle Länder bzw. Integrationsgemeinschaften wie die EU angezeigt.

Die Fähigkeit zur Erhöhung des heimischen Lebensstandards hat – *summa summarum* – auch, aber nicht nur etwas mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit, also Produktivitätsvorteilen gegenüber anderen Ländern, zu tun. Selbst für eine offene Volkswirtschaft wie Deutschland haben inländische Bestimmungsfaktoren, vor allem die Binnennachfrage, auf lange Sicht mindestens die gleiche Bedeutung wie Exporterfolge. Denn der Staat kann auf die Kaufkraft der Bevölkerungsmehrheit größeren Einfluss nehmen als auf die Entwicklung der Weltmärkte, von denen „unsere“ Exportwirtschaft abhängt. Der Außenbeitrag (Export minus Import) macht mit um die fünf bis sieben Prozent nur einen relativ geringen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage aus, während das Gros (93 bis 95 Prozent) auf die Binnennachfrage entfällt. Wenn letztere z. B. wegen sinkender Löhne um 5 Prozentpunkte zurückgeht, müsste sich der Außenbeitrag etwa verdoppeln, um dies auszugleichen. Das kann selbst Exportweltmeister Deutschland auf Dauer nicht leisten. Und wenn er es könnte, wäre solche Strategie nicht wünschenswert,



denn andere Länder können ökonomisch und sozial Importüberschüsse nicht als Dauerzustand verkraften. Sie schaffen auf der Seite der Handelspartner Defizite und Verschuldungssituationen, denen die betreffenden Länder ihrerseits durch Lohn- und Preissenkungen zu begegnen versuchen. Die Gefahr einer deflationären Spirale würde zunehmen. Auch kommt eine forcierte Exportorientierung vor allem großen, international agierenden Konzernen zugute und geht zu Lasten kleiner und mittelständischer Unternehmen, die in erster Linie für den Binnenmarkt arbeiten und folglich von inländischer Nachfrage abhängen.

Der amerikanische Nobelpreisträger legt aber m. E. auch den Finger darauf, dass die Industrieländer nicht mehr wie in der Vergangenheit von der technologischen Rückständigkeit der Länder der dritten Welt und des Ostens profitieren können. Auch lassen sich Vorteile aus dem internationalen Handel künftig nicht einfach via Lohnkonkurrenz oder Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich und dgl. sichern. Die Industrieländer müssen in Schul- und Berufsausbildung, in Forschung, Entwicklung, Wissenschaft, Kultur und soziale Infrastruktur investieren, um beim Export aus technologischem Vorsprung und aus Innovationen einen ökonomischen Vorteil zu ziehen. Gerade auf diesem Gebiet aber ist Deutschland in den vergangenen Jahren zurückgefallen, wie die Pisa-Studien belegen.

## **V. Fazit:**

Freihandel ist als eine Form friedlichen, gleichberechtigten Austausches zwischen Völkern und Regionen wünschenswert; Freihandel als eine Form konzerngesteuerter Wirtschaft, frei von staatlicher und gesellschaftlicher Verantwortung für die Natur und die kommenden Generationen ist dagegen abzulehnen. Märkte brauchen national und international einen demokratisch fundierten Rahmen, der lenkt und erhält.<sup>23</sup> Wer für Gestaltung und nicht nur Erduldung der Globalisierung ist, darf nicht dem Freihandel als Dogma erliegen.

Das bedeutet im Umkehrschluß allerdings nicht, den freien Waren- und Leistungsaustausch zu diskreditieren oder auch nur geringzuschätzen. Der kann Wohlstandseffekte sichern, die durch beinharte Abschottung und Autarkie nicht zu erzielen sind. Worum es geht ist, die Lehre vom unbedingten Muss des Freihandels, die allen Beteiligten gleichermaßen Nutzen verspricht,

---

23 attac Memorandum: Wege zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung. Positionen in Attac Deutschland. Dritter Entwurf, September 2004, S. 10/11

zu widerlegen. Er kann für alle nützlich sein, muss es aber nicht, wie zu zeigen versucht wurde.

Freihandel und geeignete Schutzmechanismen für die nationale Wirtschaft dürfen sich nicht a priori ausschließen, sondern müssen eine Einheit bilden. Vor allem für die Länder der Dritten Welt sind entwicklungsfördernde, nicht reziproke Abkommen unverzichtbar, die sich in erster Linie an den Belangen der Partner und nicht vorrangig an den Interessen von Konzernen der Industrieländer orientieren. So müssen z. B. die schon erwähnten AKP-Staaten zumindest für geraume Zeit Zugangsvorteile zum EU-Markt behalten können, ohne die eigene Volkswirtschaft sofort dem ruinösen Verdrängungswettbewerb der europäischen Konzerne aussetzen zu müssen.

Freie Märkte sind in ihrer gegenwärtigen Form nicht geeignet, in unterentwickelten und sich entwickelnden Ländern soziale Probleme zu lösen, sondern werden Armut und Umweltverschmutzung noch verschlimmern.

Alles, was hier gesagt wurde, ist also kein Plädoyer gegen Freihandel. Es geht nicht um Wiederbelebung von Protektionismus, nicht um Abkopplung von internationalen Märkten oder Autarkiestrategien. Es geht vielmehr um die Einsicht, dass Freihandel nicht automatisch für alle Länder und zu allen Zeiten gleichermaßen ökonomisch, ökologisch und sozial nützlich ist und Globalisierung nicht nur Gewinner kennt. Eine Neubewertung der Rolle des Staates im Wirtschaftsprozess ist unerlässlich, auch in den entwickelten Ländern. Das heißt: Das einzelwirtschaftliche Streben nach höchstmöglicher Kapitalverwertung mittels internationalem Austausch wäre durch entsprechende Rahmensetzung dort zu begrenzen, wo es zu gesamtwirtschaftlichen Einbußen kommt. Denn einzelwirtschaftliche Rationalität kann, wie an Beispielen gezeigt, zu gesamtwirtschaftlicher Irrationalität führen.

Es lässt sich nicht als Protektionismus qualifizieren, wenn ein Land sich gegen den Wettbewerb mit einem anderen wehrt, in welchem bei der Herstellung von Produkten weder soziale und arbeitsrechtliche Bestimmungen<sup>24</sup> noch Umweltnormen oder Vorschriften für die Lebensmittelsicherheit eine Rolle spielen. Es sollten alle nationalen und europäischen Möglichkeiten genutzt werden, um für Importwaren soziale, ökologische und sanitäre Mindeststandards durchzusetzen. Das hilft, der ruinösen Verzerrung von Konditionen des internationalen Austausches entgegenzuwirken und ist zugleich ein Druckmittel, um die Arbeitsbedingungen der Menschen in den betreffenden Exportländern zu verbessern.

---

24 Nölte, Karin: Geiz ist teuer. Neues Deutschland 18. 02. 2008.

Ebenso gilt es, die Binnenwirtschaft durch stärkere Nachfrage seitens der individuellen Konsumenten und die öffentliche Hand zu fördern. Verbraucher müssten sich ihrer Kraft bewusst werden, die sie auf die Ausrichtung der heimischen Wirtschaft ausüben können. Auch das wäre ein Beitrag zur internationalen Solidarität mit den Beschäftigten und ihren Familien in anderen Ländern Europas und der Welt, die durch Deutschlands aggressive Exportorientierung und sein Lohndumping unter Druck gesetzt werden.

Was ich unterstreichen wollte, ist die Notwendigkeit kluger, an gesamtwirtschaftlichen statt an einzelwirtschaftlichen Maßstäben ausgerichteter Handelsregulierung auf staatlicher und europäischer Ebene. Ein Schwerpunkt ist dabei die Bändigung des Finanzkapitals mit seinem die Realwirtschaft ruinierenden Renditestreben. Ein erster Schritt könnte die Einführung einer Steuer auf kurzfristige Finanzmarkttransaktionen sein. Auch wenn das wie eine Illusion klingt, für mich bleibt das auf längere Sicht ein Imperativ!